

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 4 (1985)

Heft: 4: Macht und Macher

Artikel: Schweizer Atomkraft am Nil?

Autor: Schmid, Hanspeter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586759>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Schweizer Atomkraft am Nil?

Die internationale Nuklearindustrie steckt in der Krise. Nach Ansicht des KWU-Vertreters Adolf J. Hüttl dürfte die Vergabe von höchstens 25 Anlagen bis ins Jahr 2000 realistisch sein. Weil in den Industrieländern der AKW-Boom bereits gestoppt ist, konzentrieren sich die Anstrengungen auf den Export in die Dritte Welt. Schon jetzt wird unter den grossen internationalen Konkurrenten um die «exotischen» Absatzmärkte gerungen. «In dieser Situation» – schreibt Hüttl – «ist jeder Exportauftrag heiss umkämpft, da er einen wichtigen Beitrag liefert, um die Anpassungen an die Zukunft zu erleichtern bzw. mehr hochqualifiziertes Personal zu halten.» Gegenwärtig steht Ägypten im Zentrum des Interesses der Nuklearindustrie.

Die ägyptische Regierung plant eine atomare Zukunft des Landes. In diesen Wochen oder Monaten soll der Entscheid über den Bau des ersten Atomkraftwerkes in El Dabaa fallen. Die amerikanische Westinghouse, zusammen mit BBC Baden und Mitsubishi, die deutsche KWU, das französisch-italienische Konsortium Framatome stehen in den Startlöchern. Die harte Konkurrenz unter den Anbietern bleibt nicht ohne Folgen: «Aus unserer Sicht ist es unvermeidlich, dass Ägypten – für welchen Anbieter es sich auch immer entscheidet – einen sicherheitstechnisch abgemagerten Reaktor einkaufen wird, da es wegen dem enormen Preisdruck keinem Hersteller möglich ist, ohne wesentliche Abstriche an der im jeweiligen Inland heute üblichen Sicherheitstechnik ein preislich konkurrenzfähiges Modell anzubieten», schreibt der Physiker Lothar Hahn vom Öko-Institut

Freiburg. Auf 20 Seiten listet er eine Unmenge von sicherheitstechnischen Mängeln des von der KWU offerierten Reaktors auf. Er «wäre in der BRD nicht genehmigungsfähig» – so sein unmissverständlicher Schluss.

Der Kampf um die Finanzierung

«Exportgeschäfte – insbesondere mit Schwellen- und Entwicklungsländern – sind in aller Regel nur noch möglich, wenn auch gleichzeitig eine komplette und möglichst vorteilhafte Finanzierung mit angeboten wird», hält der bereits zitierte Hüttl fest. Die Gründe liegen auf der Hand: Der Kauf eines AKWs bedingt Milliardeninvestitionen, und die Zeitspanne, bis das Werk einmal gewinnbringend arbeitet, ist enorm gross. Es kann daher nur mit Auslandskrediten bezahlt werden, am besten gleich zu 100%. Doch die Banken gestehen den bereits bis zum Hals verschuldeten Dritteweltländern nur neue Kredite zu, wenn ihnen «jemand» das Risiko abnimmt. Dieser «jemand» heisst staatliche Exportrisikogarantie – in der Schweiz die ERG, in Deutschland die Hermes und in den USA die Eximbank. «Es ist... festzuhalten, dass ohne Hermesdeckung der Export von Kernkraftwerken oder wesentlicher Pakete für solche Anlagen praktisch unmöglich ist», schreibt Hüttl. Wie die Konzerne, so liegen ihre «Mutterstaaten» untereinander in Konkurrenz. Sie überbieten sich gegenseitig mit Garantieleistungen. Das letzte Wort sprach bis jetzt die deutsche

Für die Zukunft setzt die ägyptische Regierung auf Atomstrom. In der harten Konkurrenz um Aufträge ist auch die schweizerische Industrie dabei. Soll in diesem zweifelhaften Geschäft der Bund Schützenhilfe leisten? Der Nationalrat muss es entscheiden.

Hermes: Sie sagte eine Garantie bis zu 2 Milliarden Mark für das AKW El Dabaa zu.

Die Schweiz feilscht mit

Laut Angaben der BBC hat die Exportrisikogarantie-(ERG-)Kommission zwei Gesuche um Risikoabdeckung abgelehnt. Letztlich muss allerdings der Bundesrat entscheiden. Im Falle der ERG für das türkische Mammukraftwerk Ataturk in der Grösstenordnung von einer halben Milliarde Franken hat dieser bewiesen, dass er sich nicht an die Empfehlungen der ERG-Kommission zu halten braucht. (vgl. E + U 2/85, «Schweizer Gigantismus in der Dritten Welt»).

Die Chancen der BBC, die konventionellen Maschinenteile für das AKW El Dabaa zu liefern, liegen gut. Und der Bundesrat leistet Schützenhilfe: Bereits vor einem Jahr hat er den «Zusammenarbeitsvertrag zwischen der Schweiz und Ägypten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie» unterzeichnet. Über die Hintergründe nimmt der Bundesrat kein Blatt vor den Mund: Unseren Exportinteressen kommt der Vertrag insofern entgegen, dass er «un-

serer Industrie die gleichen Zugangschan-
cen zum umfangreichen ägyptischen Nukle-
arprogramm verschafft, wie sie ihre Kon-
kurrenz aus Staaten hat, welche mit Ägypten
bereits ein nukleares Kooperationsab-
kommen abgeschlossen haben». Der Natio-
nalrat kann diesen Vertrag noch gutheissen
oder verwerfen. Mit letzterem wäre er gut
beraten. Das ägyptische AKW-Programm
würde nicht nur die ERG in unverantwortliche
Finanzierungsabenteuer stürzen, vor al-
lem ist es auch den Bedürfnissen des Landes
völlig fehl angepasst.

Der atomare Unsinn

«In einer Faktibilitätsstudie wird in Beurtei-
lung der relevanten Fakten dargelegt, dass
das Kernkraftwerk am vorgesehenen Stand-
ort technisch machbar und energiewirt-
schaftlich sinnvoll ist», schreibt die Motor
Columbus Ingenieur AG über das AKW El
Dabaa. MC wurde 1982 zur Hauptberaterin
der ägyptischen Regierung ernannt.

Dem Berufsoptimismus der Motor Co-
lumbus stehen allerdings die harten Fakten
gegenüber. Abgesehen von den Problemen,
die den Bau von Atomkraftwerken auch in
unseren Breitengraden unakzeptabel ma-
chen, existieren in Ägypten Voraussetzun-
gen, welche ein *totales Fiasco vorauspro-
grammieren*:

Die Verschuldung:

Bereits heute türmt sich der Schuldenberg in
astronomische Höhen. Mehr als ein Drittel
aller Einnahmen aus dem Export müssen
für den Schuldendienst aufgewendet wer-
den. Neue Einnahmen sind nicht in Sicht.
Die für den AKW-Bau notwendigen Milliar-
denkredite würden Ägypten noch tiefer in
den Sumpf der Zinsknechtschaft führen.

Zweifelhafte Wachstumsprognosen:

Die ägyptischen Bedarfsrechnungen für das
Jahr 2000 basieren auf dem gegenwärtigen
Energiekonsum. Die heutige Energiever-
schleuderung ist jedoch wertrekordträchtig.
Die Energiepreise liegen rund fünfmal tiefer
als bspw. in den USA. Statt der Verschwen-
dung neue Schleusen zu öffnen, wäre Ägypten
besser beraten, die bisherige Energiepoli-
tik zu überdenken – so empfiehlt es jeden-
falls die Weltbank.

Desolates Entwicklungsmodell:

Ägypten besitzt ein Millionenheer von
landlosen und verehelobten Menschen. Die
Hütten verfügen weder über einen elektri-
schen Anschluss, noch besitzen ihre Bewohner
elektrische Konsumartikel. Und die Fa-
briken, in denen einst der Atomstrom die
Maschinen antreiben soll, nehmen die Ar-
beitslosenheere nicht auf und rationalisie-
ren erst noch die wenigen Arbeitsplätze weg.

Atomstrom hält die bonzige Tourismus-
industrie und die modernsten Sektoren ei-
ner auf Export getrimmten Industrie auf
Trab. Und auch dies mit zweifelhaften Re-
sultaten: Die erwirtschafteten Devisen wer-
den vom Schuldendienst aufgefressen,
kaum dass sie verdient worden sind.

Der Nationalrat hat es in der Hand, der
Schweiz (und der ERG) ein Fiasco zu erspa-
ren und in Ägypten die Spirale von Fehlent-
wicklung und Armut zu bremsen: Der
Atomzusammenarbeitsvertrag mit Ägypten
darf nicht ratifiziert werden.

Hanspeter Schmid Erklärung von Bern



**Morong, Philippinen oder:
Atomstrom um jeden Preis.**

Die teuerste Atomruine der Welt:

Seit zehn Monaten
steht das erste und bis
anhin einzige AKW
der Philippinen be-
triebsbereit, aber vor-
läufig drückt noch
niemand auf den
**Startknopf: Der an-
haltende Widerstand
der Bevölkerung, die
die ehrgeizigen Atom-
pläne der Regierung
nicht akzeptiert, hat
die Inbetriebnahme
bis heute verunmög-
licht. Der umstrittene
Bau war nur mit Im-
port von Atomtech-
nologie möglich ge-
worden. Zu den An-
bietern gehörte auch
die Schweiz. Stefan
Hartmann berichtet
darüber.**

Der Vertrag über die Lieferung eines 620-Megawatt-Leichtwasserreaktors wurde im Februar 1976 in Genf zwischen der *Westinghouse Electric SA*, einer Filiale des amerikanischen Elektrokonzerns, und der philippinischen Energiebehörde abgeschlossen. In den USA war der Vertragschluss problematisch geworden, nachdem die US-Atomkontrollbehörde NRC Sicherheitsbedenken geäußert hatte: Das KKW Morong sollte nämlich in einer Erdbeben- und Vulkanzone gebaut werden, die keine 70 Kilometer von den US-Basen *Subic* und *Clark* entfernt liegt. Dort leben rund 30000 Amerikaner.

Vor dem Hintergrund des sich bereits Anfang der 70er Jahre abzeichnenden Konkurrenzkampfes in der westlichen Atomindustrie um Absatzmärkte in der Dritten Welt lief Westinghouse in dieser Situation Gefahr, dass ihr in Sachen KKW Morong die Felle davonschwammen. Die Konzernleitung von Westinghouse entschloss sich daher, das Geschäft über die Genfer Tochterfirma (*Westinghouse Electric SA*) nach schweizerischem Recht abzuwickeln.

Normaler Vertragsabschluss

Allerdings gibt es nun Befürchtungen, dass 1976 auch schweizerische Gesetzesbestim-
mungen verletzt wurden. SP-Nationalrat *Victor Ruffy* (VD) wollte dies in der Her-
bstsession 1985 vom Bundesrat genauer wis-